

KOALITION

Vater und Mutter verloren

Die internationale Politik der Bundesregierung ist ein Desaster. Deutschland kennt seinen Platz in der Welt nicht mehr, und das wirkt sich nun auch auf die Machtverhältnisse im Land aus. Der Außenminister wurde von Parteifreunden bloßgestellt, die Union sägt am Stuhl der Kanzlerin.

Der Kompass ist ein Messgerät, mit dem man eine Richtung findet. Seit langem hilft es vor allem Seefahrern, Wüstendurchquerern und anderen, die es schwer haben, sich zu orientieren. Ohne Kompass ist man leicht verloren, so manches Skelett in einer Wüste zeugt davon.

In den Zeiten moderner Ortungssysteme hat der Kompass an Bedeutung verloren. Aber in der vergangenen Woche spielte das Wort noch einmal eine große Rolle, in einem politischen Sinne. Es ging darum, dass der Bundesregierung außen- und europapolitisch der Kompass fehlt.

In dieser Woche zerbröselte die Illusion, dass diese Bundesregierung in der Lage sein könnte, mit internationalen Themen halbwegs vernünftig umzugehen. Es gibt keinen Kompass, es gibt keinen Kurs. Das steht nun fest. Es gibt nur heftige Konfrontationen, es gibt eine Bundeskanzlerin, der im September eine Abstimmungsniederlage zu Europa droht. Es gibt einen Außenminister, der von seinen Parteifreunden beim Thema Libyen gedemütigt wird und sein Gesicht wohl nur noch mit einem Rücktritt wahren könnte. Und es gibt ein Ausland, das besorgt und kopfschüttelnd auf dieses seltsame Deutschland schaut (siehe Seite 20).

Der frühere Außenminister Joschka Fischer von den Grünen fasst die Kritik in einem SPIEGEL-Gespräch so zusammen: „Es schmerzt mich als ehemaligen Ressortchef, dass die Grundüberzeugungen fehlen. Es ist im Grunde noch schlimmer als der Verlust des Kompasses: Realitätsverlust regiert“ (siehe Seite 26). Er bezog sich auf einen Satz des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl, der ähnlich gesprochen hatte: Der Bundesregierung fehle der Kompass.

Dabei hat gerade eine schwarz-gelbe Regierung ein eindeutiges Erbe zu verwalten: Europa und der Westen sind für Deutschland wie Vater und Mutter, sind die Heimat. Das haben die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl in schwarz-gelben Koalitionen etabliert. Merkel und Westerwelle sind dabei, dieses Erbe zu verspielen. Aber das könnte sie nun die Macht kosten.



UWE LEIN / DAPD / DDP IMAGES



UWE ANSPACH / PICTURE ALLIANCE / DPA



MARIO VEDDER / DAPD



PETER KNIEFEL / PICTURE ALLIANCE / DPA



* Am vergangenen Mittwoch im Kabinett.

Regierungskritiker Wulff, Kohl, Helmut Schmidt, Seehofer, Kritisierte Westerwelle, Merkel*: „Noch

Westerwelle hat bis in die vergangene Woche hinein darauf beharrt, dass die Enthaltung zum Waffeneinsatz in Libyen richtig gewesen sei. Sein Parteichef Philipp Rösler und sein Generalsekretär Christian Lindner haben schließlich die Notbremse gezogen und der Nato für ihren Einsatz gegen den Diktator Gaddafi gedankt. Westerwelle ist damit als Vertreter Deutschlands in der Welt untragbar geworden. Sein Starrsinn schadet dem Ansehen des Landes. Merkel dagegen hat in der vergangenen Woche einen

bemerkenswerten Schwenk vollzogen und einmal mehr die Rolle gewechselt.

Bislang war sie die kühle Machtpolitikerin, die in Brüssel hart für deutsche Interessen stritt. Jetzt, spät, sehr spät, gibt sie die beseelte Europäerin. Kommt sie auf das „Werk der europäischen Einigung“ zu sprechen, empfindet sie neuerdings „Ehrfurcht und Demut“. Und es klingt wie eine Selbstvergewisserung, wenn sie dem serbischen Präsidenten Boris Tadić bei einem Besuch in Belgrad zu ruft: „Europa ist die Lösung.“

Das sehen viele Parteifreunde anders. Die Euro-Krise hat in der vergangenen Woche eine neue Phase erreicht. Bislang ging es um die Frage, wie die Gemeinschaftswährung vor dem Zerfall gerettet werden kann. Nun aber geht es auch um die Rettung von Merkels Kanzlerschaft. Bekommt die schwarz-gelbe Koalition im Herbst keine eigene Mehrheit für den erweiterten Euro-Rettungsschirm, heißt es im Umfeld der Kanzlerin, stehe die Koalition vor dem Aus.

Die Machtfrage ist gestellt, und so wird aus Merkel, der Zaudernden, Merkel, die Glühende. Mit dem etwas paradoxen Appell an das europapolitische Erbe von CDU-Übervätern wie Konrad Adenauer und Helmut Kohl will die Kanzlerin den Konflikt auf eine neue Ebene heben: hier die Verteidigerin der großen Idee Europas, dort die kleingeistigen Verächter der EU-Rettungsschirme.

Es ist eine riskante Strategie, denn die Schar der Skeptiker wird größer. Vergangene Woche meldeten sich nicht nur Merkel-ferne CDU-Granden zu Wort, von Altkanzler Kohl bis zu Bundespräsident Christian Wulff und Bundestagspräsident Norbert Lammert. Bedenken kamen auch von vermeintlichen Erfolgsleuten wie dem angesehenen CDU-Parlamentarier Wolfgang Bosbach und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (siehe Seite 23). Auch die CSU stellt sich gegen Merkel.

So wird derzeit auf zwei internationalen Feldern innenpolitisch gekämpft, was für die internationalen Beziehungen nicht bekömmlich ist. Die FDP demontiert weiter ihren Außenminister. Die Union sägt am Stuhl der Bundeskanzlerin. So steht es um die beiden strahlenden Sieger der Bundestagswahl von 2009.

Auf dem europäischen Feld kommt Merkels Wechselspiel möglicherweise zu spät. Zu lange hatte sie in der Euro-Krise laviert, zu oft den Eindruck genährt, bedenkenlos gegen geltendes Recht und wirtschaftliche Vernunft zu verstoßen. „Wir konnten die Feuer gar nicht so schnell austreten, wie neue entstanden sind“, stöhnte vergangene Woche der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Peter Altmaier.

Und so baut sich in der Unionsfraktion eine explosive Mischung auf. Die Regeln für den Euro-Rettungsschirm sind im Kreis der europäischen Regierungschefs beschlossen. Trotzdem verlangen immer mehr Abgeordnete Änderungen.

Die gefährlichste Kontroverse droht sich an Merkels jüngster Volte zu entzünden. Der Idee der Vereinigten Staaten von Europa stellten die Christsozialen schon immer ihre Vorstellung eines stärker föderalen Europa der Regionen entgegen. Jetzt fürchten sie, dass ausgerechnet als Reaktion auf die Euro-Krise mehr



WOLFGANG KUMM / DPA

schlimmer als der Verlust des Kompasses“

„Sieger und Besiegte“

Wieder einmal sorgen sich Nachbarn und Verbündete um den Kurs der Berliner Regierung. Hat Angela Merkel Europa fallengelassen, oder will sie dem Kontinent deutsche Politik verordnen?

Der Euro hat versagt, findet das US-amerikanische Magazin „Vanity Fair“, weniger ökonomisch als politisch. „Erfinden wurde der Euro, um Deutschland zu integrieren und die Deutschen daran zu hindern, andere zu dominieren“, heißt es in einer Geschichte des renommierten Autors Michael Lewis. Jetzt sei genau das Gegenteil geschehen: „Die Deutschen haben Europa in der Tasche.“

Dass das wiedervereinigte Deutschland die Wirtschaftskrise der westlichen Welt anscheinend so schadlos überstanden hat, jedenfalls bis heute, bereitet Nachbarn und Freunden gleichermaßen Unbehagen. In den politischen Salons von Washington und Paris, von Brüssel und Madrid, in politischen Qualitätsblättern wie in Think-Tanks wird derzeit die Frage gewälzt, ob dieses neue Deutschland dabei sei, seine Außenpolitik neu zu sortieren. Wendet sich Berlin von der EU ab, oder will Deutschland, im Gegenteil, mit Hilfe der Währung erreichen, was dem Land mit Waffen nicht gelang – die Herrschaft über den ganzen Kontinent?

Es ist die Stunde der Geostrategen, die in Europa ein Ungleichgewicht der Macht entstehen sehen. Sogar ein neuerliches Chaos nationaler Rivalitäten wird für möglich gehalten.

Der ehemalige britische Premier Gordon Brown tadelte, „Deutschlands Weigerung, aus seiner Position der Stärke heraus zu handeln, gefährdet nicht nur das Land selbst, sondern das gesamte Euro-Projekt.“ Schon raunen die Medien wieder vom „deutschen Sonderweg“, auch das Wort vom „Vierten Reich“ hat Konjunktur, vor allem in Großbritannien. Im Fokus dieser bangen Diskussionen steht immer wieder die Frage: Wohin steuert Deutschland?

Angela Merkel gilt in der amerikanischen Hauptstadt inzwischen als Wackelkandidatin. Die Amerikaner sind sich nicht mehr sicher, ob die Kanzlerin den heimatlichen Osten wirklich hinter sich gelassen hat – oder ob sie ihn gerade neu entdeckt, zumindest wenn es um Deutschlands Interessen geht. „Europas wirtschaftliches Kraftzentrum schwenkt Richtung Osten“, schreibt die „New York Times“.

Der konservative Publizist Ariel Cohen sieht gar eine neue „Achse“ zwischen Berlin und Moskau entstehen und bemüht zur Einordnung der neuerlichen russisch-deutschen Annäherung das Gespenst von Rapallo, jenem italienischen Badeort, in dem beide Länder 1922 einen von den westlichen Siegermächten misstrauisch beäugten Vertrag abschlossen. Derlei Verschwörungstheoretiker tun sich nicht schwer,

möglichen Ostschwenk“, sagt Heather Conley, Europa-Expertin am Center for Strategic and International Studies. Berlins Außenpolitik stehe vor einer neuen Ära, die eher von Interessenpolitik getrieben sei als von der vermeintlichen Selbstlosigkeit als paneuropäischer Finanzier während der Kohl-Ära. „Beim G-20-Gipfel 2010 in Südkorea stand Deutschland auf einmal an der Seite Chinas und gegen die USA,



Karikatur im englischen „Guardian“: Kommt Europa unter das Diktat Berlins?

neue Argumente für ihre Thesen zu finden: Hat sich Deutschland nicht gerade erst an der Seite Russlands und Chinas im Uno-Sicherheitsrat beim Libyen-Einsatz des Westens enthalten? Wird die deutsche Rüstungsfirma Rheinmetall nicht schon bald ein Ausbildungszentrum für Bodentruppen an das russische Militär liefern, zum Preis von 398 Millionen Dollar? Hat Deutschland nicht die zivile Nutzung der Kernenergie aufgegeben, ohne Absprache mit seinen europäischen Nachbarn, was nach Ansicht der Amerikaner zu neuer Abhängigkeit von russischem Gas führen dürfte?

„Wir erleben derzeit in Washington viel Verunsicherung über Deutschlands

als es um den Abbau von Exportüberschüssen ging. Das schreckte viele Transatlantiker auf.“

Deutschland müsse sich angesichts seiner Stärke nun Fragen stellen, die Amerika seit langem umtreiben würden: „Wie gehe ich mit dem Zwiespalt um, dass ich als Exportmacht neue Märkte in Russland und Asien erschließen muss – aber gleichzeitig traditionelle Verbündete nicht vor den Kopf stoßen sollte?“

Das sind neben den Amerikanern die Länder der Europäischen Union, und dort macht man sich auch schon Sorgen. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sagt, Deutschland vollziehe jetzt nach, was für Frankreich und Großbri-

tannien längst normal ist: „knallhart eigene Interessen zu vertreten“.

In Frankreich sieht man Deutschland erneut einen „Sonderweg“ beschreiten. Die Enthaltung im Sicherheitsrat zu Libyen, so der frühere Außenminister Hubert Védrine, zeige das wahre Gesicht des Nachbarn: „Deutschland ist zu einem organischen Egoismus zurückgekehrt, es ist, wie auch Frankreich, mit den eigenen nationalen Interessen beschäftigt.“

Auch die Entscheidung, nach dem Super-GAU von Fukushima die Energie- wende zu vollziehen, habe „la Merkel“ ohne einen Telefonanruf bei Nicolas Sarkozy getroffen. Edouard Tétreau, der an der Pariser Elitehochschule für Wirtschaft, HEC, lehrt, wirft der Kanzlerin vor, „sie hört seit einigen Monaten nicht

Bei der französischen Rechten warnt man dagegen vor einer deutschen Übermacht, sollten die Schulden in Europa vergemeinschaftet werden: „Das wäre eine Sackgasse, die Summen sind enorm, und die Deutschen werden Garantien verlangen. Wir werden unter das Diktat Berlins geraten“, fürchtet Jacques Myard von der Regierungspartei UMP.

Der spanische Politologe José Ignacio Torreblanca, Europa-Experte des European Council on Foreign Relations (ECFR) in Madrid und regelmäßiger Kommentator der größten Tageszeitung „El País“, beschreibt die Ängste vieler Spanier so:

Deutschland sei nicht länger europäisch orientiert, vielmehr verlange es, dass Europa deutsch werde, also nach



Protest in Griechenland: „Viertes Reich“

auf, alle europäischen Verpflichtungen abzuschütteln“.

Das Paradox der deutschen Rolle sei, dass Deutschland gleichzeitig zu stark und zu schwach sei, Europa zu führen, sagt die Pariser Politologin Anne-Marie Le Gloannec, Direktorin am Centre d'études et de recherches internationales (CERI). In Wirtschaftsdingen sei das Land global ausgerichtet, aber in seiner Politik zu sehr auf sich selbst bezogen.

Jahrzehntelang sei Europa gleichsam die Staatsräson der Bundesrepublik gewesen, sagt Le Gloannec. Doch mit der Wiedervereinigung habe Deutschland „weniger Reserven und noch weniger Geduld, um das europäische System am Laufen zu halten“.

deutschem Muster funktioniere. Das Vertrauen der Europäer in Deutschlands Solidarität sei erodiert, sagt Torreblanca. Deutschland zwingt den Partnern sein Wirtschaftsmodell auf, und zwar „in einer Logik von Siegern gegenüber Besiegten“.

All diese Zweifel richten sich gegen die Kanzlerin. Außenminister Guido Westerwelle spielt keine Rolle.

Deutschland sei „ein Land ohne Außenminister“, spottet Asselborn. Ein Mann, dessen Machtbasis zu Hause auf drei Prozent geschrumpft sei, habe „im Kollegenkreis überhaupt kein Standing“.

HANS HOYNG,
HANS-JÜRGEN SCHLAMP,
GREGOR PETER SCHMITZ, HELENE ZUBER

Macht nach Europa verlagert werden soll. Das will die CSU verhindern. Sie will weniger, nicht mehr Europa.

CSU-Chef Horst Seehofer hat das Präsidium seiner Partei sowie die Europa-Experten für diesen Montag nach München bestellt, trotz bayerischer Ferienzeit. Bei dem Treffen soll die Parteiprominenz den Entwurf eines Grundlagenpapiers zum Thema Europa für den Parteitag Anfang Oktober beraten.

Das Papier haben Generalsekretär Alexander Dobrindt und der Vizepräsident des bayerischen Landtags, Reinhold Bocklet, erarbeitet. Die CSU will damit rote Linien bei der Euro-Rettung einziehen. Dazu zählen beispielsweise Euro-Bonds.

„Eine dauerhafte und unbegrenzte Haftungsgemeinschaft und Transferunion würde eine Vergemeinschaftung der Finanzpolitik bedeuten und den Charakter des europäischen Staatenverbunds entscheidend verändern“, heißt es darin. Das lehne die CSU ab. Stattdessen fordert sie „die Ermöglichung eines Insolvenzverfahrens für Staaten und Banken der Euro-Zone“. Und dann folgt eine kaum verhüllte Kriegserklärung an Merkel: „Ist ein Mitgliedstaat nicht gewillt, die Konvergenzkriterien dauerhaft zu erfüllen, besteht die Möglichkeit, die Euro-Zone zu verlassen.“ Im Klartext: Griechenland soll raus aus der Währungsunion.

Dobrindt fürchtet, dass die Deutschen künftig dafür bezahlen müssten, wenn zum Beispiel der römischen Regierung die Kraft zu Reformen fehlt. „Wenn der italienische Finanzminister Tremonti sagt, mit Euro-Bonds wären Spareinschnitte Italiens unnötig gewesen, ist das schlicht unmoralisch“, sagt Dobrindt.

Auch die Idee eines europäischen Finanzministers lehnt die CSU ab. „Die CSU will einen stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozess, lehnt aber eine Wirtschaftsregierung mit eigenen Ministern nach dem Vorbild nationaler Regierungen ab“, sagt Landesgruppen-Chefin Gerda Hasselfeldt. Das Budgetrecht der Parlamente dürfe nicht ausgehebelt werden.

Da es auch viele Skeptiker in den Reihen der CDU gibt, beginnt nun die Phase der politischen Massage. Fraktionschef Volker Kauder und Fraktionsgeschäftsführer Altmaier wollen den Kritikern die Konsequenzen eines Nein bei der Abstimmung im Bundestag erläutern. Bundestagspräsident Norbert Lammert nahmen sie bereits ins Gebet.

Auch Tricks sollen helfen, im Parlament eine Niederlage zu vermeiden. So hat die Koalition beschlossen, die Abstimmung über den Rettungsschirm und die neuen Hilfen für Griechenland zu trennen. Das war zunächst anders geplant. Aber es gibt Parlamentarier, die für den Rettungsschirm und gegen die Hilfen für

Griechenland sind. Ihnen wird damit ein Ja zum Rettungsschirm erleichtert.

Zudem soll die Beteiligung des Bundestags bei Entscheidungen auf europäischer Ebene neu geregelt werden. Altmaier und sein CSU-Kollege Stefan Müller plädieren dafür, einen sogenannten Großen EU-Ausschuss einzurichten. Dieser soll vorrangiger Ansprechpartner für die Bundesregierung bei europäischen Themen sein.

eine eigene Mehrheit der Koalition zu bekommen. Jeder Abgeordnete, der gegen die Euro-Rettung stimmt, müsste dann gleichzeitig gegen die Kanzlerin stimmen und könnte sein Mandat verlieren, wenn es Neuwahlen gibt. Doch Merkel hält ein solches Vorgehen für ein Eingeständnis der Schwäche. Die Vertrauensfrage, heißt es in ihrem Umfeld, steht nicht zur Debatte.

Merkel kann noch kämpfen, Westerwelle dagegen hat schon verloren.

Teilnehmer berichten, dass Parteichef Rösler Westerwelle mehrmals darauf hinweist, dass seine Rechtfertigung der deutschen Enthaltung im Uno-Sicherheitsrat fehl am Platz sei. Doch Westerwelle bleibt bei seinem Kurs.

Rösler ärgert sich. Am Donnerstag teilt er Westerwelle telefonisch mit, dass er öffentlich eine andere Position vertreten werde. In einem Interview mit der „Passauer Neuen Presse“ dankt er den Nato-Truppen ausdrücklich für ihren Einsatz. Generalsekretär Christian Lindner äußert sich ähnlich in der „Frankfurter Rundschau“. Das ist eine öffentliche Bloßstellung des eigenen Ministers, wie sie in der Politik selten ist.

Rösler hatte die Enthaltung der Bundesregierung von vornherein für einen Fehler gehalten. Zum ersten Mal hatte Deutschland sich in einer zentralen Frage gegen die USA, Frankreich und die anderen europäischen Partner gestellt. Westerwelle machte alles noch schlimmer, als er von einer neuen Weltordnung sprach, in der die alten Allianzen an Bedeutung verlören. Im Ausland begann man an der Zuverlässigkeit Deutschlands zu zweifeln.

Gegenüber Vertrauten hat Rösler vergangene Woche klargemacht, dass sein Interview ein erster Schritt ist, Westerwelle loszuwerden. Er hat gesagt, dass er Sohn eines Soldaten sei, selbst zwölf Jahre gedient habe und dass für ihn eine Position Deutschlands außerhalb des Militärbündnisses Nato undenkbar sei.

„Um weiteren Schaden von der FDP abzuwenden“, fordert der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum die Gremien seiner Partei auf, sich in einem Beschluss zu einer wertebundenen, bündnistreuen Außenpolitik zu bekennen. „Westerwelles Haltung ist ein Verrat an unseren außenpolitischen Werten“, sagt Baum.

Die beiden internationalen Felder, auf denen jetzt innenpolitisch gekämpft wird, sind nicht streng nach Parteien getrennt. Auch Merkel war für die Enthaltung in der Libyen-Frage und hat sie bis in die vergangene Woche hinein verteidigt. Auch sie steht nun in dieser Sache schlecht da.

Und auch in der FDP brodelt es beim Thema Euro. Besonders unter den Bundestagsabgeordneten wächst die Skepsis gegenüber dem Kurs der Regierung. Auch Abgeordnete der FDP könnten dazu beitragen, eine eigene Mehrheit der Koalition zu verhindern.

Dies ist die nächste große Krise dieser Bundesregierung, die größte bislang, und die letzte große liegt so weit noch nicht zurück. Westerwelle wird darüber wohl seinen Platz in der Politik verlieren, bei Merkel ist es offen, aber Deutschland, und das ist das Schlimmste, weiß nicht mehr, wo sein Platz in dieser Welt ist.

DIRK KURBUJWEIT, PETER MÜLLER, RALF NEUKIRCH, MERLIND THEILE



MARC STEFFEN JÜNGER / WWW.MS-JÜNGER

Kanzlerin Merkel im Bundestag*: „Explosive Mischung in der Fraktion“

Der neue Ausschuss könnte auch die Mitwirkungsrechte des Parlaments bei Garantien im Rahmen des europäischen Rettungsschirms EFSF und dessen Nachfolger ESM wahrnehmen. „In beiden Fällen wäre eine Verfassungsänderung erforderlich“, heißt es in einer Ideenskizze, die in der Unionsfraktionsspitze kursiert. Besetzt werden soll der Ausschuss mit Vertretern der Fraktionsführung, des bisherigen EU-Ausschusses sowie mit Haushalts- und Finanzpolitikern.

Die hektischen Aktivitäten in der Berliner Regierungskoalition zeigen, dass die Euro-Krise dem Endspiel entgegentreibt. Merkel will aber nicht ihre letzte und schärfste Waffe einsetzen: die Vertrauensfrage. Das wäre die sicherste Möglichkeit,

Auf dem libyschen Feld begann das Desaster für Westerwelle mit einer freudigen Nachricht für die Freunde der Freiheit. Die Rebellen marschierten am Wochenende in der Hauptstadt Tripolis ein. Ihr Einsatz und der Einsatz der Nato-Bomber hatte sich ausgezahlt. Aber für den Außenminister war dies keine Stunde der Demut, sondern eine Stunde der Rechthaberei. „Unsere Politik der Sanktionen ist richtig gewesen“, sagt er am Sonntag beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung. Sie habe sogar einen Beitrag zum Sieg geleistet, ergänzt er später.

In der FDP sorgt diese selbstgerechte Haltung für Fassungslosigkeit. Als sich am Mittwoch die FDP-Minister vor der Kabinettsitzung zum Frühstück im Bundeswirtschaftsministerium treffen, verteidigt Westerwelle seine Position. Er sagt, er habe die Bevölkerung hinter sich.

* Bei der Regierungserklärung zum Atomausstieg am 9. Juni.